

## **Tausende Tote 17.03.2006**

NOUAKCHOTT/NEUMÜNSTER/BERLIN (Eigener Bericht) - Nach dem Tod von 24 weiteren Flüchtlingen auf dem Seeweg von Mauretanien zu den Kanarischen Inseln haben Spanien und die EU am gestrigen Donnerstag mit der Einrichtung von Flüchtlingslagern in Westafrika begonnen. Die Lager-Initiatoren bedienen sich der Zuarbeit sogenannter Nicht-Regierungsorganisationen, darunter des Roten Kreuzes und des UN-Flüchtlingswerks UNHCR. Dem UNHCR wird vorgeworfen, Erfüllungsgehilfe der europäischen Festungspolitik zu sein, die zuletzt in Kairo zu einem Blutbad führte. Seit November 2005 scheiterten ca. 10.000 Flüchtlinge an den bürokratischen und technischen Barrieren in Nordafrika und im Mittelmeer; mehr als 1.000 Personen fanden den Tod, schätzen Flüchtlingsorganisationen. Parallel zum Ausbau des Lager-Rings entlang der EU-Außengrenzen, die jetzt auch in Mauretanien geschlossen werden, verfeinert Berlin das innerdeutsche Lagersystem. In Kürze wird in Neumünster (Schleswig-Holstein) ein neues "Ausreisezentrum" eröffnet, um den Abschied nicht zuordbarer Flüchtlinge zu erzwingen. Ziel ist es, Deutschland praktisch flüchtlingsfrei zu machen und die umgebenden Staaten für Kettentransfers zu benutzen. Gegen die Eröffnung des neuen "Ausreisezentrums" regt sich Widerstand.

Am gestrigen Donnerstag haben Vertreter der spanischen Regierung und der EU die mauretanischen Behörden angewiesen, einen "Notfallplan" in Kraft zu setzen, der die Seegrenzen des Landes hermetisch schließen soll. In der Hoffnung auf finanzielle Hilfen aus Europa hat die mauretanische Regierung zugestimmt. In dem Land halten sich mehrere zehntausend Migranten auf, die nach Sperrung des Seezugangs über Marokko einen neuen Fluchtweg suchen und die Kanarischen Inseln anpeilen. Über die mehrtägige Überfahrt auf hochseeuntauglichen Barkassen heißt es in spanischen Berichten, nur ein geringer Prozentsatz der Migranten erreiche die Kanaren lebend. Demnach sollen allein seit Jahresanfang mehrere hundert Menschen ertrunken oder an den Folgen der Flucht verstorben sein.[1]

## **Aussiedlungen**

Solange der Todeszoll in den europäischen Medien unbeachtet blieb, sah sich die EU zu keinerlei Aktivitäten veranlasst. Erst wegen nachteiliger Folgen für die spanische Tourismusindustrie, der die Bilder gestrandeter und ertrunkener Flüchtlinge schaden, wurde der "Notfallplan" in Kraft gesetzt. Zu den Maßnahmen, die Madrid und Brüssel verlangen, gehört die sofortige Einrichtung von Lagern an der mauretanischen Küste, um ausreisewillige Flüchtlinge internieren zu können. Die als humanitär dargestellte Massierung der Migranten verfolgt vor allem Kontrollzwecke, so dass statistische und physische Aussiedlungen durchgeführt werden können. Zum Aufbau und zum Betrieb der Lager sollen so genannte Nicht-Regierungsorganisationen herangezogen werden. An einem gestrigen Treffen, das die Lager-Errichtung unmittelbar vorbereiten sollte, nahmen u.a. Vertreter des Roten Kreuzes und des UN-Flüchtlingswerkes UNHCR teil.[2]

## **Innerdeutsches Lagersystem**

Die Erweiterung des Lager-Rings entlang der EU-Außengrenzen nach Planungen des deutschen Innenministeriums [3] wird durch den Ausbau des innerdeutschen Lagersystems ergänzt [4]. Für Flüchtlinge, denen die Einreise trotz aller

Abschottungsmaßnahmen gelingt [5], steht inzwischen ein gegliedertes Set von

Zwangsunterkünften bereit. Dabei werden die erfassten Personen weitgehend isoliert und strengen Kontrollen unterworfen. Stehen für Asylbewerber bislang noch vorwiegend "Heime" zur Verfügung, stellen Kritiker eine zunehmende Tendenz fest, "möglichst alle ankommenden Flüchtlinge für die gesamte Dauer des Asylverfahrens in Lagern zu isolieren".[6] Dass die Sammlung der Flüchtlinge in Lagern rund dreimal so teuer ist wie eine dezentrale Unterbringung, wird von den staatlichen Apparaten absichtsvoll in

Kauf genommen. Für abgelehnte Asylbewerber stehen Abschiebegefängnisse zur Verfügung, in denen Flüchtlinge auf den Sozialstatus von Kriminellen reduziert werden, um sie für die erzwungene Ausreise zur Verfügung zu halten.

### **Schwere Verstöße**

Für die geringe Anzahl von Flüchtlingen, die nicht abgeschoben werden können, weil ihr Herkunftsland unbekannt ist oder ausländische Behörden ihre

Rückkehr verweigern, werden in zunehmendem Maße "Ausreisezentren" errichtet.

Während die deutsche Abschiebehelf von einem Richter angeordnet werden muss,

unterliegt die Einweisung in ein "Ausreise"-Lager allein behördlicher Entscheidung und ist grundsätzlich unbefristet. Internierte beklagen die Rationierung von Nahrung, die unzureichende medizinische Versorgung und die mangelhafte sanitäre Ausstattung der Einrichtungen: Umstände, die den Druck auf die Flüchtlinge erhöhen und zu ihrer freiwilligen Rückkehr führen sollen. Kinder erhalten keinen Zugang zu angemessener schulischer Ausbildung

[7] - ein schwerer Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, deren vollständige Ratifizierung Berlin nach wie vor verweigert. Erst kürzlich hat

der zuständige UN-Sonderberichterstatter die Bundesregierung aufgefordert, ihre Vorbehalte gegen die Konvention zurückzuziehen und allen Kindern gleichen Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen.

### **Verbindungsbeamte**

Auf die Schaffung einer weitgehend flüchtlingsfreien "Insellage" Deutschlands inmitten der Europäischen Union konzentrieren sich in zunehmendem Maße auch die Polizeibehörden. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jörg Ziercke, hat angekündigt, die Zusammenarbeit seiner Behörde mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu intensivieren; ein systematischer Informations- und Datenabgleich sowie die Installierung eines BKA-Verbindungsbeamten beim BAMF ist vorgesehen.[8] Bereits im Jahr 2004 hat das BKA ein "Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum Schleusungskriminalität" (GASS) eingerichtet, in dem BKA, Bundespolizei und Zollverwaltung gemeinsam darauf hinarbeiten, unerwünschte Migration zu verhindern. Einzelne Bundesländer folgen diesem Beispiel, zuletzt Schleswig-Holstein; dort kooperieren seit dem 1. November 2005 Landespolizei, Bundespolizei und Zoll zur Vermeidung nicht genehmer Einreise.[9]

### **Suizide**

In Schleswig-Holstein haben Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen sowie kirchliche Kreise für den morgigen Samstag eine Protestdemonstration angekündigt. Sie wenden sich gegen die Eröffnung des sogenannten

Ausreisezentrums in Neumünster und damit gegen die Berliner Lagerpolitik, deren Folgen nicht nur an den EU-Außengrenzen deutlich werden. So kommt es im innerdeutschen Lagersystem immer wieder zu Selbstverstümmelungen und Suiziden. Erst kürzlich wollte ein 63jähriger Mazedonier, der in einem deutschen Abschiebegefängnis einsaß, seinem Leben ein Ende bereiten, aber konnte gerettet werden. Dem Rentner war mitgeteilt worden war, dass er für jeden Tag seiner Abschiebehaft 60 Euro bezahlen müsse. Das ist pro Tag ein Drittel eines durchschnittlichen mazedonischen Monatslohns.

[1] s. dazu unser ExtraDossier Festung Europa

[2] Médicos del Mundo, Comisión Española de Ayuda al Refugiado (CEAR)

[3] s. dazu Festung und Waffen für Nordafrika sowie Lagerspezialisten

[4] s. dazu Abschiebelager an historischem Ort und Avantgarde der Lager

[5] s. dazu Eins zu zehn

[6] Flüchtlingsrat Niedersachsen: Schönemann und die Kostenfaktoren - die niedersächsische Flüchtlingspolitik ist erbarmungslos wie nie zuvor

[7] Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein: Bleiberecht statt

Ausreisezentrum in Neumünster; [www.hiergeblieben.info](http://www.hiergeblieben.info)

[8] Rede des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke:

"Internationale Erscheinungsformen von Kriminalität und Gewalt"

[9] Gemeinsame Pressemitteilung des LKA SH, des BPolA Flensburg und des HZA Kiel 20.10.2005

s. auch Größere humanitäre Krise und Elendszirkulation